



PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

11. August 2011

Durchbruch beim Thema Bahnlärm

EU-Kommission bestätigt Pro Rheintal, dass Lärmschutzmaßnahmen und Nachfahrverbot im Rheintal möglich sind

„Das ist ein großer Tag für unsere Region“, sagt Frank Gross, Vorsitzender von Pro Rheintal. Denn Siim Kallas, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Verkehr, bestätigte jetzt in einem persönlichen Schreiben, dass die Mitgliedstaaten von der EU ermächtigt wurden, in Lärmbrennpunkten Maßnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerung zu schützen. Außerdem, so heißt es in dem Brief, befürwortet die Kommission die lärmabhängigen Trassenpreise. Mehr noch: die EU-Kommission sieht es, basierend auf der Richtlinie 2008/57/EG, bereits heute als möglich an, dass die Mitgliedstaaten die in der TSI Lärm (Technische Spezifikation für Interoperabilität Lärm in der EU) vorgesehenen Lärmgrenzwerte auch auf vorhandene Fahrzeuge anwenden.

Damit sind die von Pro Rheintal vorgebrachten Forderungen einer schnellen Umrüstung veralteter Waggons sowie eines qualifizierten Nachfahrverbotes von Seiten der EU legitimiert. Frank Gross dazu: „Jetzt liegt es einzig und allein an der Bundesregierung, ob sie die legitimen Forderungen der Anwohner weiter ignoriert oder sich ihren Pflichten stellt, nach dem Grundgesetz Leben und Eigentum zu schützen.“

Gross hatte sich nach enttäuschenden Antworten aus dem Bundesministerium für Verkehr in einem weiteren Schreiben an die Bundestagsabgeordneten gewandt. Darin forderte er die Abgeordneten aller Parteien noch einmal auf, sich gemäß ihren eigenen Anträgen für eine sofortige Verwirklichung von mehr Lärmschutz im Rheintal einzusetzen. Neueste Messergebnisse an der Strecke hätten noch einmal bestätigt, dass die Lärm- und Erschütterungswerte im Oberen Mittelrheintal eine absolute Ausnahmesituation darstellten, die mit keinem anderen Ort in Deutschland oder Europa auch nur annähernd vergleichbar sei.

Lärm als gesundheitliche Bedrohung erfülle hier alle Bedingungen einer zwangsläufigen Schädigung. Dies habe sowohl mit den außergewöhnlich hohen Lärmpegeln als auch mit der ununterbrochenen Folge von Lärmereignissen bei Tag und in der Nacht zu tun. Grund dafür seien die besondere Topografie (Widerhall und Verlängerung der Lärmereignisse), der gebogene Verlauf der Trassen (doppelt laut) und die Tatsache, dass hier quasi vier Trassen nebeneinander liegen, die lediglich durch die schallharte Wasseroberfläche des Rheins getrennt sind.

Dadurch sei Bahnlärm ohne Pause zu hören und zu spüren. Direkt an den Häusern würden Spitzenpegel von mehr als 100 dB(A) gemessen und zusätzlich seien Erschütterungen zu spüren, deren Intensität oft die Grenzwerte um das Dreifache überstiegen. Der Pro-Rheintal-Vorsitzende sieht die gesundheitliche Belastung als vergleichbar mit Gefahren wie EHEC oder Radioaktivität. Denn solche Lärmwerte ließen den Körper permanent Stresshormone erzeugen, welche die Blutgerinnung und die Organe beeinflussen und zu lebensbedrohlichen Folgen wie Bluthochdruck und Herzinfarkten führen.

Die Ursache für diese katastrophale Situation, so Gross, sei nicht der normale Bahnverkehr, den die Bürgerinitiativen begrüßten und als absolut prioritär und notwendig anerkennen würden. Es ginge vielmehr um technisch veraltete und defekte Fahrzeuge sowie schlecht gewartete Schienen. Der Gesetzgeber, obgleich über die Gefahren und Kosten bestens informiert, sei gleichzeitig aber auch In- und Teilhaber der Bahn und gehe daher äußerst nachsichtig und mild mit der Bahn um. Die Folgen seien katastrophale Bedingungen entlang der Trassen mit enormen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen. Hier gehe es nicht um die Abwägung von Interessen zwischen den Bahnbetreibern und der Bevölkerung, sondern hier handle es sich schlichtweg um eine Verletzung der Grundrechte auf Schutz des Lebens und des Eigentums.

Gross appellierte an die Abgeordneten, sich dafür einzusetzen, dass die in der TSI Lärm vorgeschriebenen Grenzwerte zum Schutz von Schlaf während der Nacht nicht erst in acht oder zehn Jahren, sondern bereits heute, jetzt und sofort eingehalten werden. Dies sei rechtlich, technisch und auch logistisch möglich und politisch und menschlich unumgänglich, wenn nicht Moral und gute Sitten gänzlich über Bord gehen sollten. Im Grunde sei es nichts anderes als die



konsequente Anwendung des Projektes „Leiser Rhein“, das schon mehrfach von der Bundesregierung angekündigt worden sei, ohne dass man bisher auch nur einen einzigen alten Güterwaggon damit von den Trassen geholt hätte.

Durch den starken Anstieg im grenzüberschreitenden Transitverkehr, der aufgrund der zunehmenden Wettbewerbssituation immer kostengünstiger und schneller ablaufen müsse, nehme die Zahl der oftmals 50 oder 60 Jahre alten Fahrzeuge mit technischen Defekten an den Rädern rasant zu. Dadurch stiegen auch der Lärm, die Erschütterungen und die Gefahren für weitere Verkehrs- und Umweltkatastrophen durch Zugunglücke, beispielsweise auch mit hochexplosiven und umweltgefährdenden Stoffen. Die EU habe mit der TSI Lärm ein Instrument für Güterwaggons und Lärm geschaffen (zwei verschiedene Richtlinien), das es anzuwenden gelte, um Schaden von den Menschen und der Region abzuwenden und um ein funktionierendes Eisenbahnsystem zu garantieren.

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Tel: 06742 801069-0
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten

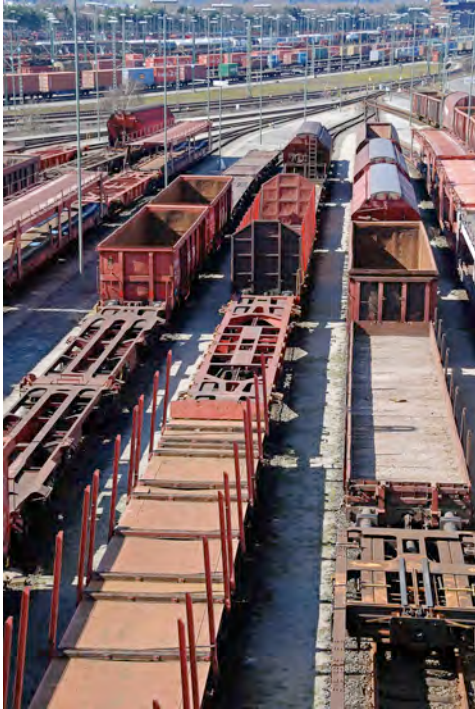


Bild: Bahnschrott gehört aufs Abstellgleis, fordert die Bürgerinitiative Pro Rheintal.